

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 28. November.

Am Tische des Bundesraths: Minister Delbrück, v. Luz, v. Pfretschner.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen, worauf das Haus in die dritte Berathung des Entwurfs, betreffend Zusatz zum Strafgesetzbuch, tritt. Zunächst erhält in der General-Debatte das Wort:

Herr v. Aretin zweifelt das Bedürfnis, welches das Gesetz herbeigeführt haben soll, an; vorzüglich wendet er sich gegen die Behauptung, daß die Katholiken sich mit den revolutionären Parteien verbinden wollten. Es seien allerdings Privatgespräche zum Beweis für diese Behauptung angeführt; aber darauf könne man nicht viel geben, abgesehen davon, ob es anständig sei, solche Privatgespräche zu veröffentlichten oder nicht.

Präsident Simson bemerkt dem Redner, daß der Versuch einer solchen Kritik über andere Redner ihm nicht zulässig erscheine.

Herr v. Aretin wendet sich darauf gegen die Aeußerungen des Ministers v. Luz und hofft, daß die Drohung desselben, diesem ersten Schritte würden weitere folgen, ohne Erfolg bleiben würde im Fall ihrer Nichterfüllung wie in dem der Erfüllung.

Herr v. Aretin: Der Umstand, daß ein katholischer Minister eines überwiegend katholischen Landes gegen die katholische Partei beim Reich Hilfe sucht, so dürfen wir daraus schließen, daß wirklich Gefahr droht. Man hat uns gesagt, wir sollten Thatsachen hierfür beibringen und nicht bloß Verleumdungen und Zeitungsartikel. — Ja, solche Leute, welche außerhalb des Staates stehen, sagen es meistens nicht; aber erlauben Sie mir andere glaubwürdige Zeugen und Zeugnisse beizubringen. — Wir haben statistische Beweise, daß in gewissen Provinzen die meisten Verbrechen begangen werden, daß dort die Schulbildung am meisten vernachlässigt wird; und diese Provinzen fallen genau zusammen mit jenen Gegenden, welche Abgeordnete in das Centrum entsendet haben. (Bewegung.) Seit der Zeit, daß die Regierung durch ein Schulgesetz die Umstände etwas bessern wollte, datiren die Prozesse gegen die widerspenstigen Geistlichen. Ein Geistlicher, Erkmeyer, nannte den Fürsten Hohenlohe einen preussischen Epigonen und die Abgeordneten „Landesverräter“, ein Anderer nannte sie: „Tropfe und Luder“; beide wurden deshalb verurtheilt. Ein Anderer schrieb das Schulgesetz dem „Freimaurergesinde“ und dem „vom Teufel ausgehenden Fortschritt“, der jetzt regiere, zu. Ferner wurde in einem kirchlichen Blatte ausgesprochen, die Abgeordneten wollten durch Annahme des Schulgesetzes es durchsetzen, daß „Judenbuben“ in den christlichen Schulen den Heiland verspotten lernten. Der Domprediger von Regensburg droht der Regierung, wenn sie jenes Gesetz durchsetze, dann werde ihr aus jeder Familie entgegengehalten: „Man muß Gott mehr gehorchen als dem Menschen!“ (Aha!) Verstehen Sie, was jener Prediger unter Approbation seines Bischofs meinte? — Der Bischof von Regensburg behauptet, man lebe in einer traurigen Zeit, die nur Krieg oder Revolution ändern können; wenn die Könige aufhören wollten von Gottes Gnaden zu sein, so wolle er der erste sein, der den Thron von Gottes Gnaden umstürze. — Diese Predigt ist durch Zeugen festgestellt, aber später vom Bischof abgelehnt, der da sagte, als guter Patriot könne er eine solche Predigt nicht behalten haben! (Heiterkeit.)

Herr v. Mallinckrodt: Der Herr Minister v. Luz hat, um die Staatsgefährlichkeit der kirchlichen Bestrebungen nachzuweisen, ein Schema citirt. Der Wortlaut brachte mich auf den Gedanken, daß das Citat einem der römischen Briefe der „Augsb. Allg. Ztg.“ entlehnt ist (Minister v. Luz nicht zustimmend); — nun steht aber fest, daß in der Fassung, in welcher jene Zeitung die Mittheilung brachte, das Citat jedenfalls dem Wortlaut des Schemas nicht entspricht. (Hört!) Im Gegensatz zu jener Behauptung citire ich Ihnen den Kanon 17 und 18, in welchen ausdrücklich ausgesprochen ist: Wer das sagt, daß die Staatsgewalt neben der kirchlichen Gewalt nicht bestehen könne — anathema sit; und ferner: Wer da sagt, die Gewalt des Staates sei nicht von Gott — der sei ausgeschlossen. Beide Sätze sind allerdings derselben Quelle entlehnt, aus der der Minister von Luz geschöpft hat, haben also auch nicht unbedingte Glaubwürdigkeit, sie stehen aber mit dem erwähnten Citat direkt in Widerspruch.

Minister v. Luz: Daß es notwendig war, so viel Persönlichkeiten ins Spiel zu ziehen, wie es geschehen, weil die Gegner des Gesetzes meine Aeußerungen sonst nicht gebrauchen konnten, das gereicht mir nicht zu Schaden. Was das Citat aus der „Augsburger Allgemeinen“ betrifft, so habe ich diese Aeußerung allerdings dort zuerst gelesen, aber nicht lediglich auf die Mittheilung eines Journals hin dem Hause etwas vorgetragen, was nach meiner Meinung offizielle Ansicht des päpstlichen Stuhles ist. Zu der Zeit, als ich die betreffende Nummer der Zeitung las, nahm ich die „Allgemeine Schrift“ in der Ausgabe von Professor Friedrich zur Hand und ging sie nach meinem Vermögen durch, aber meiner Auffassung allein habe ich noch nicht vertraut, sondern mich der Mitberathung und des Miturtheils eines der besten Männer der Wissenschaft versichert, der meine Auffassung und Urtheile der Reihe nach bestätigte. Der Name dieses wissenschaftlichen Mannes ist Döllinger. (Beifall.) Allerdings sind diese Gesetze noch nicht zu Kirchengesetzen erhoben; aber ich frage Sie, ob der römische Stuhl seine Zustimmung dazu gegeben hätte, daß die Kommission diese Propositionen machte, wenn sie ihrem Standpunkte nicht entsprochen hätten. Ob die Citate, die der Abg. v. Mallinckrodt dagegen vorführte, auf Sie großen Eindruck gemacht haben, lasse ich dahingestellt. Ganz gewiß wird darin auch gelehrt, man sollte der Obrigkeit Gehorsam leisten, aber vorbehaltlich ihrer Beziehungen zur Kirche, wie dies ja zur Genüge bereits dargelegt ist; unter der Voraussetzung nämlich, daß der Staat es versteht, sich zur rechten Zeit zu unterwerfen. Vielfach ist die Rede davon gewesen, daß Bayern sich unter den Schutz Preußens geflüchtet habe. Dies Bild bedarf der Berichtigung. Bayern hat mit dem Reiche einen Vertrag geschlossen, daß es solche Gesetze wie das vorliegende nicht mehr allein zu machen versuchen wolle. (Sehr richtig!) Bayern hält sein Wort. (Beifall.)

Herr v. Aretin: Das Wunderbare an diesem Gesetz ist nicht, daß es erscheint, sondern, daß es erst nach 23 Jahren erscheint, daß es 23 Jahre bedurfte, um die Regierungen an seine Nothwendigkeit und ihre Pflichterfüllung ernstlich zu erinnern. Ihr (des Centrums) Widerstreben ist nur der stillschweigende Ausdruck des unaussprechlichen Hochmuthes, der sich der Körperschaft der Kirchenfürsten und ihres Personals bemächtigt hat und heute nicht mehr den Gedanken zu ertragen vermag, den ihre Vorfahren Jahrhunderte lang ertrugen, nämlich, daß sie dem weltlichen Richter verantwortlich sind für Friedensbruch. (Lebhafte Zustimmung.) Aber ist das ein Ausnahmefall, wenn man geistliche Obrigkeiten nicht einfach bestrafen kann, wie Private, weil sie nicht Private sind, wenn man sie nicht disciplinär bestrafen kann, wie Staatsbeamte, weil sie nicht Staatsbeamte sind und nicht sein sollen, wenn man diese Obrigkeiten, denn das sind sie, an dem Mißbrauch ihrer Gewalt hindern will und soll und muß durch ein Strafgesetz? Sie haben das Vereinsrecht benutzt, wie keine andere Macht und den Haß der arbeitenden Klassen gegen den Mamonismus mit einer Feinheit der Berechnung in Ihr Interesse gezogen, daß es sehr leicht ist, Ihnen Ihre glänzenden Erfolge statistisch nachzuweisen. (Hört!) Außerdem bleibt die Kirche Herrin der Frauen, namentlich in den arbeitenden Klassen. — Alles das zu Ehren der katholischen Religion und zu Ehren Gottes. Immerhin, alle klugen Parteien benutzen ihre Mittel; aber Sie kombiniren diesen Apparat mit der Autorität Ihrer Kirche und decken ihn mit ihr. Dafür beanspruchen Sie die Garantie der Konfession. Aber so lange Ihnen in Deutschland ein protestantisches Gewissen gegenübersteht, wird man Ihnen antworten: solche Dinge als kirchliche Mittel zu betrachten, ist unwahr, unchristlich, unreligiös! (Lebhafte Beifall.) Die wahre Religion gebietet uns die Verdamnung solcher Mittel, auch wenn sie zu Ehren Gottes gebraucht werden. Dieses protestantische Wesen mag innerlich seine Schwäche, wie Ihr Katholizismus äußerlich seine Stärke haben. Aber zwischen uns und über uns steht der Staat, und muß Gewalt haben über uns beide, wenn er den Frieden in gemischten Bevölkerungen verteidigen und den Abdruck von ihnen nehmen soll, dessen sie sich kaum mehr erwehren können. Diesem Gesetze müssen daher andere folgen, wenn der gefährdete Frieden Deutschlands dauernd gesichert werden soll. (Lebhafte Beifall.)

Die allgemeine Debatte schließt mit einem Reihe persönlicher Bemerkungen.

In der Spezialdebatte verlangt der Abg. Mousfang das Wort, um unter großer Unruhe des ermüdeten Hauses noch einmal für die Ablehnung der Vorlage zu plaidiren. Aber die Motive des Centrums sind so gründlich erschöpft, daß wir auf ihre Wiederholung verzichten müssen.

Darauf wird der Gesetzesentwurf mit großer Majorität angenommen. Die Minorität, die gegen ihn stimmte, war erheblich schwächer, als bei der namentlichen Abstimmung am 25. d. Mts.

Endlich wird der Gesetzesentwurf, betreffend den Ertrag der Unterfügungen, die von Kommunalverbänden den Familien von Reservisten und Landwehrmännern gewährt worden sind, in erster und zweiter Berathung fast ohne Debatte genehmigt. Die eingebrachten Amendements wurden allseitig zurückgezogen.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Erste Berathung des Militäretats u. A.)

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

2. Sitzung vom 28. November.

Der Präsident Graf Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr.

Zu Schriftführern sind gewählt: Graf Arnim-Boitzenburg, v. Romberg, Graf Carmer, Beyer, Graf Alseburg, v. d. Marwitz, v. Gutzmerow, v. Kwielecki, Graf Pückler, Theune, Dernburg, Graf Lehnvorst.

Die Budget-Kommission ist gewählt und hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Herr v. Kabe. Der Präsident macht noch verschiedene andere geschäftliche Mittheilungen, darunter eine über die seit Schluß der letzten Session in der Zusammensetzung des Hauses vorgekommenen Veränderungen. Neuen Berufungen stehen drei Todesfälle gegenüber und fünf Ausscheidungen. Sodann werden die Herren Fürst Anton Radziwill, Graf Rothkirch, Trach, Graf Kleist, Graf Bockholt auf die Verfassung vereidigt.

Der Justizminister theilt mit, daß er mehrere Vorlagen zu machen habe, aber durch Unwohlsein verhindert sei, heute zu erscheinen, hofft aber morgen der Sitzung beizuwohnen zu können.

Schluß der Sitzung 12 3/4 Uhr. Nächste Sitzung morgen 2 Uhr. Tagesordnung: Entgegennahme von Regierungsvorlagen.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 28. November.

Die 2. Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde vom Präsidenten v. Fockenberg um 10 1/2 Uhr eröffnet.

Es sind 282 Mitglieder eingetreten. Das Haus geht sofort zur Wahl des ersten Präsidenten über. Es werden hierbei 252 Stimmzettel in die Urne geworfen. Hieron erhalten: Abg. v. Fockenberg 213, Dr. Löwe 20, 1 Zettel war ungültig, in der Urne fanden sich 12 weiße Zettel vor.

Herr v. Fockenberg ist somit gewählt und nimmt die Wahl mit Worten des lebhaftesten Dankes an.

Hierauf schreitet das Haus zur Wahl des 1. Vice-Präsidenten. Von 237 abgegebenen Stimmen erhält der Abg. v. Köller 216, v. Bennigsen 6, Dr. Löwe 2, Dr. Kösch 1 Stimme. Auch hier fanden sich 12 weiße Zettel vor.

Herr v. Köller nimmt die Wahl dankend an. Bei der hiernach stattfindenden Wahl zum 2. Vice-Präsidenten wurden nur 202 Stimmen abgegeben, das Haus war also nicht mehr beschlußfähig.

Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr. Nächste Sitzung morgen Vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Wahl des 2. Vice-Präsidenten und der Schriftführer, Entgegennahme der Regierungsvorlagen.

Deutschland.

Berlin, 28. November. Das vielrädrige Werk unseres Parlamentarismus befindet sich in vollem Umtriebe; Reichstag, Herrenhaus, Abgeordnetenhaus überschütten uns mit ihren Berichten, allerdings, wie man gesehen muß, nicht, ohne daß das gleichzeitige Tögen der verschiedenen Körperschaften die einzelnen derselben in ihrer Thätigkeit geschädigt. So konnte heute im Abgeordnetenhaus nach der Wahl der ersten beiden Präsidenten die des zweiten Vicepräsidenten nicht mehr stattfinden, da das Haus inzwischen beschlußunfähig geworden war. Der Reichstag hat heute die dritte Berathung des bairischen Antrages wieder aufgenommen und Gelegenheit gehabt, ziemlich scharfe Erklärungen zur Unterstüßung desselben anzuhören; die Hauptaufgabe der Reichsvertretung für die wenigen Tage ihres Zusammenseins, das sich etwa noch acht Tage ausdehnen wird, liegt jedenfalls in der Berathung des Pauschquantums für die Militär-Beibörden und militärischen Einrichtungen, eine Vorlage, welche, wie wohl zu betonen ist, keineswegs aus der freien Initiative der Regierung hervorgegangen, vielmehr, wie auch die jüngste Rede des Kriegsministers scharf darauf hinwies, mit wesentlichen Schwierigkeiten für dieselbe verknüpft ist. — Die Kundgebungen der Presse über die Thronrede sprechen, soweit dieselben bis jetzt bekannt geworden sind, sich allgemein günstig über jene aus, wie es denn auch nicht anders zu erwarten war, was die Form sowohl wie den Inhalt der königlichen Worte anbelangt. — Die „Vossische Zeitung“ beginnt heute damit, in unerschöpflicher Weise die Möglichkeit zu erörtern, ob die den Landtagen zur Verfügung gestellte Zeit von vollen vier Wochen genügen könnte, den Staatshaushalts-Etat einer gründlichen Berathung zu unterziehen; das liberal sein wol-

lende Blatt erinnert durch seine Aussprüche an unangenehme frühere Perioden, wiewohl doch gar nicht zu bestreiten, daß der Zeitraum eines Monats zu dem Zwecke hinreichen muß, und das namentlich jetzt, wo die Abgrenzung so vieler Ausgaben für das Reich die Berathung des Etats der preussischen Monarchie wesentlich vereinfacht hat.

Berlin, 28. November. Hinsichtlich der beabsichtigten Steuerermäßigungen, von welchen die Thronrede spricht, ist hervorzuheben, daß bestimmte Entschlüsse nach irgend einer Richtung des Steuergebietes hin noch nicht vorliegen. Von den zuständigen Ressorts war bekanntlich die Befreiung des Zeitungs- und Kalenderstempels empfohlen worden, der aber namentlich Fürst Bismarck mit dem Gegenwortschlag gegenübertrat, ob es sich nicht empfehle, zunächst die Ermäßigung anderer Steuern ins Auge zu fassen, bei welchen vorzugsweise die Lage der Unbemittelten in Betracht komme.

Das „Frankfurter Journal“ meldet aus Frankfurt a. M. vom 27.: „Die von Frankreich in der internationalen Kommission gestellten Forderungen und Vorschläge waren seither von Berlin aus noch nicht genehmigt worden, so daß man schon an eine weitere Verschleppung der Verhandlung glaubte. Guttem Vernehmen nach ist jedoch Ende voriger Woche die Zustimmung aus dem Kabinett des Kaisers erfolgt, so daß der Schluß der diplomatischen Konferenz noch im Laufe dieser Woche bevorstehen dürfte. Herr von Goulard ist gegenwärtig noch hier und nimmt an den Kommissionsitzungen nach wie vor Theil.“

Wie die „Köln. Z.“ hört, ist die Redaktion der amerikanischen Denkschrift über die St. Juan-Angelegenheit, bezüglich welcher der Kaiser Wilhelm den Schiedsrichterspruch übernommen hat, schon beendet und soll hier am 17. Dezember übergeben werden. Die englischen Schriftstücke über denselben Gegenstand werden in nicht ferner Zeit erwartet.

Königsberg i. Pr., 28. November. Dem General-Kommando des 1. Armee-Korps ist am gestrigen Tage folgendes Telegramm Sr. Majestät des Kaisers zugegangen: „Ich gedenke in Anerkennung und Dankbarkeit des heutigen Jahres- und Thronfestes des 1. Armee-Korps vor Amiens.“

Hadersleben, 28. November. Der seitherige Landtags-Abgeordnete Krüger wurde bei der heute hier stattgehabten Neuwahl mit 182 gegen 23 Stimmen wiedergewählt.

Kassel, 28. November. Gestern Abend brachten das Musik-Korps des 73. Infanterie-Regiments und der Kasseler Männergesang-Verein der Kaiserin ein Ständchen. Tausende von Menschen hatten sich vor dem Palais auf dem Friedrichsplatze eingefunden und stimmten jubelnd in das der Kaiserin ausgebrachte Hoch ein.

Kassel, 28. November. Ihre Majestät die Kaiserin besuchte heute die städtische Mädchenschule, das Landes-Krankenhaus, die Armenschule, sowie die Schule des Frauenbildungsvereins.

Sternberg, 28. November. Die Petition sozialdemokratischer Arbeiter aus Schwerin, Rostock und Schwann wegen Abänderung des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht wurde in der heutigen Sitzung des Landtages an das Großherzogliche Staatsministerium überwiesen.

Darmstadt, 28. November. Graf Beust ist heute hier eingetroffen und wird morgen die Reise fortsetzen.

— Anlaßlich der Einführung der neuen Militärkonvention haben im Ganzen nur etwa 20 Offiziere, meist Stabs-Offiziere, ihre Pensionirung nachgesucht.

Stuttgart, 28. November. Graf Beust hat heute seine Weiterreise fortgesetzt, derselbe war gestern vom Könige und der Königin empfangen und zur königlichen Tafel gezogen worden.

Ursand.

Wien, 28. November. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile die Ernennung des Feldmarschall-Lieutenants Baron Koller zum Statthalter im Königreich Böhmen.

Wien, 28. November. Graf Andrássy hat am 23. November eine Circular-Devesche erlassen, in welcher er in ausführlicher Weise sein Programm, welches auf Erhaltung des Friedens gerichtet ist, darlegt.

Brüssel, 26. November. Die Freitagssitzung ist stürmisch gewesen; die Debatten haben einen persönlich leidenschaftlichen Charakter gehabt.

Die Aufregung in der Bevölkerung war wieder sehr groß; die Vorgänge in den Straßen hatten Abends im Ganzen denselben Charakter, wie an den vorhergehenden Tagen, und eher noch größere Dimensionen. Aber auch die Vorkehrungsmaßregeln waren ausgedehnt und haben sich als ausreichend und wirksam erwiesen.

Gestern Sonnabend war keine Kammer Sitzung und da bisher der Anfang der Demonstrationen im

mer vor dem Palais de la Nation stattfand und von dort bei Ausgang der Sitzung sich über die Stadt verbreitete, so hoffte man für diesen Tag auf Ruhe, und war, so viel ich weiß, die Bürgergarde nicht einberufen. Auch war es noch um halb acht in der Umgegend des Parks, Rue Ducale, Rue de la Loi, Rue Royale, da ich vorüberkam, ganz still. Später haben sich jedoch wieder große Volksansammlungen, sind mit demselben Geschrei durch die Straßen gezogen und haben an denselben Punkten wie früher geräuschvoll demonstriert. Die Ortspolizei hat ihre Schuldigkeit gethan, in einem Falle, wie es scheint, etwas mehr, da der Bürgermeister veröffentlicht:

„Einige Polizei-Agenten haben ohne Provokation von Seiten des Publikums gestern Abend in der Rue du Marais gegen harmlose Bürger von ihren Waffen Gebrauch gemacht. Ich habe dieselben sofort auf Vorschlag ihrer Chefs suspendirt, bis der Gemeinderath definitiv über ihr Loos entscheidet. Ich bebaure diesen Vorfall um so mehr, da ich bis dahin nur günstige Zeugnisse über den Takt, die Geduld und die Umsicht aller Mitglieder unseres Polizeikorps erhalten hatte.“

Schwohl bisher kein Militär verwendet worden ist, so hatte doch die Regierung sogar, zu der gewöhnlichen Garnison, noch ansehnliche Verstärkungen von Antwerpen, Löwen u. herbeigezogen. Schon seit Dienstag, dem Tage vor der Interpellation Baras, kampirt eine halbe Batterie, wohl mit Munition versehen, auf dem Plateau des Lie National. Das 7. Linien-Regiment von Antwerpen ist in der alten Abtei de la Cambre, die für die Militärakademie eingerichtet wird, untergebracht und das 2. Lancier-Regiment von Löwen befindet sich in der Vorstadt Etterbeek. Was hatte die Regierung vor? Wenn großes Unglück vermieden wird, so ist es zum größten Theil der energischen Vorsicht und dem bürgerlichen Muth des Bürgermeisters Anspach, vielleicht auch der Weisheit des Königs zu verdanken.

Heute wurde die Abdankung de Deders, auch der Rücktritt — oder die Entlassung — des Ministeriums erwartet, — bis jetzt vergebens.

Heute Abend werden die Demonstrationen jedenfalls noch geräuschvoller sein. Mögen nur wirkliche Ausschreitungen und Konflikte verhütet werden.

Brüssel, 26. November. Mancher hat heute früh das amtliche Blatt aufgenommen und enttäuscht wieder aus der Hand gelegt. Seit gestern Abend war hier nämlich das Gerücht verbreitet, Herr Dedeker, der Gouverneur Limburgs, wäre seiner Stelle entbunden worden. Und die von dem Bürgermeister Anspach bei einem Festessen der Gesellschaft „la grande Harmonie“ gehaltene Rede, in welcher er sagte, der König werde in den nächsten Tagen die öffentliche Meinung befriedigen und so zeigen, daß das Ministerium und der Landesherr nicht mit einander zu wechseln sind, schien die kursirenden Gerüchte zu bestätigen. Die „Etoile“ behauptete, selbst das Fortbestehen des Ministeriums sei fraglich geworden, was ziemlich unwahrscheinlich klingt. Wie wenig unsere heutigen Minister selbst ihre nach 13-jährigen Kämpfe endlich errungenen Portefeuilles nach einigen Monaten wieder niederzulegen geneigt sind, geht wohl zur Genüge aus dem Umstande hervor, daß bereits am Vorabend der Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher Herr Baras seine Interpellation begründen sollte, in aller Stille eine Batterie Artillerie mit der nöthigen Munition auf Befehl des Kriegsministers aus Antwerpen hier eintraf und in der Umgegend Brüssels untergebracht wurde. Später kamen auch ein Regiment Ulanen und ein Regiment Linientruppen an. Freilich wäre es leichter gewesen, mittelst der Kanonen die Interpellation Baras zu beantworten, aber das höchst lobenswerthe energische Auftreten des Bürgermeisters verhinderte glücklicherweise die Ergreifung dieser äußersten Maßregel, welche uns vielleicht den Bürgerkrieg herbeigeführt hätte. Eine Kompagnie der Bürgerwache hatte z. B., als sie am letzten Mittwoch zum ersten Male aufgeführt wurde, unumwunden erklärt, sie würde sich zu den Tumultuanten gestellt haben, falls die Regierung die Hälfte der Armee zur Aufrechterhaltung der Ordnung anrufen hätte. Soeben bin ich denn auch Augenzeuge davon gewesen, daß das nach hier befehligte Regiment Ulanen die Rückreise nach seinem bisherigen Garnisonsort angetreten hat, was zugleich anzudeuten scheint, daß irgend eine Lösung bevorsteht. Auch an höchster Stelle kann es nicht unbekannt geblieben sein, daß die Bevölkerung übermorgen, wo die parlamentarischen Arbeiten wieder aufgenommen werden, neue tumultuarische Ausbrüche befürchtet und daß ein Gerücht auch das Eintreffen von künftigen Bergleuten für diesen Tag in Aussicht stellt; ebenso ist man hier allgemein der Ansicht, die für den 30. 1. M. anberaumte Einweihung des großen Boulevards, welcher der König anzuwohnen früher versprochen, werde für die Regierung wenig schmeichelhafte Rundgebungen veranlassen, falls bis dahin der öffentlichen Meinung keine Genugthuung gegeben worden. Auch verlautet, die parlamentarische Rechte habe ihr Mitglied Brasseur veranlaßt, seine Entlassung als Abgeordneter Philippeville's einzureichen, doch werde sich derselbe zugleich wieder um das Mandat bewerben.

Brüssel, 28. November. Vor dem Palais de la Nation hatte sich heute abermals eine beträchtliche Menschenmenge versammelt, welche mit lautem Ruf die Abdankung des Ministeriums verlangte. Das Ge-

lände war von Abtheilungen der Garde civique umgeben.

Paris, 27. November. Es gilt als wahrscheinlich, daß die Exekution Ferrès's und Rossel's morgen früh stattfinden wird. — Wie die „Agence Havas“ erfährt, hat sich der Graf von Girgenti in Luzern entleibt.

— Zwischen Deutschland und Frankreich sind die Verhandlungen wegen eines neuen Postvertrages wieder aufgenommen worden.

Paris, 26. November. Die Jurisprudenz der französischen Geschworenengerichte, durch welche Mordankfälle und Ermordungen deutscher Staatsbürger, wenn sie von Franzosen verübt wurden, zwei Mal hinter einander für straflos erklärt worden sind, ist werth, scharfer ins Auge gefaßt zu werden. Es ist selbstverständlich, daß das Gewissen der Geschworenen, welche die Mörder Bertin und Tonnelier freisprachen, weil sie ihre Blutzügel an Deutschen, d. h. an Feinden des Vaterlandes gesättigt, keinerlei Kontrolle unterworfen werden kann; denn gegen die Entscheidungen der Jury darf weder die deutsche Regierung reklamiren, noch fände sich das französische Gouvernement irgendwie in der Lage, Remede einzutreten zu lassen. Es ist ebenso selbstverständlich, daß man den Mördern in beiden Processen vollauf „mildernde Umstände“ gewähren und zu Gute halten muß. Der unglückliche Krieg des vorigen Jahres, eigene persönliche Erlebnisse und Leiden, die Bedingungen des Friedens und die andauernde fremde Okkupation sind Gründe genug, um eine gereizte Stimmung, einen tiefen Haß, unter Umständen sogar eine Bluthat zu motiviren, oder doch weniger straffällig erscheinen zu lassen. Aber die gänzliche Freisprechung geständiger Mörder durch Bürger des Landes, in welchem die That geschehen, bekundet eine außerordentliche und darum höchst beklagenswerthe Verwirrung der Rechtsbegriffe, weil sie gewissermaßen eine Prämie der vollen Straflosigkeit auf die Ausübung der persönlichen und vollen Blutrache setzt und so gewissermaßen, auch nach geschlossenem Frieden, die Fortsetzung des Frankfurterkrieges in seinen schlimmsten Auswüchsen autorisirt. Bervollständigen sich solche Urtheile — und nichts läßt annehmen, daß andere französische Geschworenen anders urtheilen als die von Cognac und die von Paris — so bedeutet dies nichts Geringeres, als die Erklärung aller Deutschen für vogelfrei, welche sich in Stich, Hieb- und Schußweite eines Franzosen befinden. Noch einmal, die französische Regierung kann unter keinen Umständen für dergleichen Rechtsprechung verantwortlich gemacht werden; wenn aber Bürgern des Landes so aller Rechtsinn abhandeln gekommen ist, daß sie wie die Herren Macbeth's „fair and foul and foul and fair“ nicht mehr zu unterscheiden vermögen, so wird es die Pflicht Deutschlands sein, im Interesse der persönlichen Wohlfahrt seiner Angehörigen Gegenmaßnahmen zu treffen, deren allgemeiner Charakter den französischen Geschworenen die Rechtsverweigerung zu Gemüthe führt, deren sie sich voll politischen Hasses so eben schuldig gemacht. Wäre ein französischer Bürger von einem Fremdling ermordet und der Fremde von seinen Heimathsgerichten einmüthig freigesprochen worden, so würden nicht nur die französischen Journale, die jetzt kein Wort der Entrüstung haben, voll eblen Unwillens überschwellen, sondern auch auf der Tribüne der Volksvertretung würde sofort der Schrei des Abjehs wiedergellen, den jeder Gebildete bei derartiger Rechtspflege, die Unrecht in Recht verkehrt, anstoßen muß. Das Leben und die Sicherheit deutscher Staatsbürger wäre es wohl werth, daß der Reichstag oder der preussische Landtag durch eine öffentliche Interpellation Europa auf diese Rechtsverwirrung und Frankreich auf die Gefahren aufmerksam machte, denen es sich aussetzt, indem es durch sein legitimes Rachegefühl die edleren Regungen des Sinnes für Gerechtigkeit fast widerstandslos macht.

Rom, 27. November. Der bei Eröffnung des Parlaments vom Papst erhobene Protest befragt, daß nur Alter und Gesundheitsrückichten ihn hinderten, nach Schloß Pau zu übersiedeln.

Der König wurde nach seiner Rückkehr in den Quirinal von den Arbeitervereinen begrüßt. Abends war die Stadt glänzend erleuchtet.

Das Parlament nimmt morgen die Wahl des Präsidenten vor.

Der Gemeinderath der Stadt Florenz hat beschloffen, eine Adresse an den Gemeinderath der Stadt Rom abzuschicken. — Der König hat das Dekret betreffend die Konstituierung der italienisch-deutschen Bank mit dem Hauptstift in Rom unterzeichnet.

London, 27. November. Aus Sydney vom 4. Nov. kommt die Nachricht, daß der Bischof Patterson und ein ihn begleitender Geistlicher, Namens Aiken, als sie auf der Insel Santa Cruz landeten, von einem Eingeborenen erschlagen worden sind. Sie büßten unschuldiger Weise für die Frevelthaten einer Bande von Sklavenfängern, die sich an den Inseln vergriffen und dadurch das Rachegefühl gegen die Weißen erweckt hatten. Die Insel Santa Cruz liegt in dem nach ihr benannten Archipel, nördlich von Neukaledonien und den neuen Hebriden, und ist bewohnt von sehr rohen Papuä.

London, 28. November. „Morning Post“ bringt Nachrichten aus Mexiko, welche aus Matamoros vom 10. und Monterey vom 4. November datirt sind. Nach denselben dauerte die aufständische Bewegung daselbst fort. In der Nähe von Saltillo wurde eine

Abtheilung Regierungstruppen durch die Rebellen zurückgeworfen. Escobedo hatte seine sämtlichen Streitkräfte der Regierung zur Verfügung gestellt. Die Regierungstruppen unter Corfirc. standen in Nuevo Leon.

London, 28. November. Das heute ausgegebene Bulletin über das Befinden des Prinzen von Wales meldet, daß derselbe die Nacht ruhiger zugebracht habe. Die Krankheits Symptome lassen an Heftigkeit nach.

Petersburg, 27. November. Als ganz bestimmt verlautet, daß der Kronprinz des deutschen Reiches und der Prinz Friedrich Karl zum Georgsfeste hierherkommen werden.

Bukarest, 27. November. Bei der so eben stattgehabten Neuwahl des Bureau der Deputirtenkammer wurden 73 Stimmen im regierungsfreundlichen, 36 Stimmen im entgegengesetzten Sinne abgegeben.

Konstantinopel, 28. November. Von offizieller Seite wird die Mittheilung, die Regierung beabsichtige die abgeschlossenen Konventionen, betreffend des Baues der türkischen Eisenbahnen, abzuändern, als unbegründet bezeichnet. Es sei nur die Einberufung einer Kommission in Aussicht genommen, um die Details, bezüglich der Erbauung des Bahnhofes in Konstantinopel, festzustellen. — Die Cholera hat in den letzten Tagen wieder zugenommen.

Alexandria, 11. November. In vielen hiesigen Schulen ist seit Beginn des Wintersemesters die deutsche Sprache theils obligatorisch, theils fakultativ eingeführt worden; auch in den griechischen und italienischen Kollegien ist seit dieser Woche ein Kursus in derselben eröffnet.

Provinzielles.

Stettin, 29. November. Vom Vorstande des hannoverschen Lehrervereins ist folgende Anrufung an die preussischen Volksschullehrer-Bereine ergangen: Die von Herrn Dr. Jütting entworfenen Petitionen werden an Se. Majestät den Kaiser und König, an das königliche Staatsministerium und an die beiden Häuser des Landtages gerichtet. In den an die geschehenden Körper gerichteten wird erbeten: a. eine wesentliche Verbesserung der Lehrergehälter; b. Festsetzung eines Minimallohnes für die verschiedenen Provinzen und Regierungsbezirke; c. prozentweises oder anderweitiges Steigen der Dienstentlohnungen nach den Dienstjahren; d. Befreiung vom Küsterdienste und Honorirung des Kantor- und Organistendienstes mit wenigstens 50—100 Thlr.; e. Emeritirung wie bei anderen unmittelbaren Staatsdienern; f. Schleunige Vorlage eines neuen Schulgesetzbuches und g. Berufung einer von Lehrern zu erwählenden Kommission von Sachverständigen, der diese Vorlage zur vorläufigen Prüfung zu übergeben sei. — Die Denkschrift, die von der Kommission des allgemeinen hannoverschen Lehrervereins geprüft ist, schildert in eingehender Weise die ganze materielle Lage der Lehrer, wird etwa 4—4½ Bogen umfassen und 4—5 Sgr. kosten. — Sobald die Vorstände alles Nöthige in Händen haben, wollen sie a. soweit es irgend möglich ist, den einzelnen Mitgliedern ihrer Vereine je ein Exemplar der Denkschrift und der Petitionen zuschicken; b. die Mitglieder zu einer außerordentlichen Sitzung einladen, in der unterschrieben wird; c. die Unterschriften in duplo und in Oktav-Format sorgfältig verpackt an Herrn Dr. Jütting in Einbnd (Provinz Hannover) direkt einsenden. — Wenn wir auf guten Erfolg der wohl vorbereiteten Sache rechnen wollen, so müssen wir einmüthig handeln. Wir rechnen darauf, daß alle Elementarlehrer, Einer für Alle und Alle für Einen, sich an der Vorbereitung und der Unterschrift der Petitionen betheiligen werden.

Das hier vortheilhaft bekannte „Wid'sche Quartett“ wird in Verbindung mit der Pionierkapelle morgen im Stolz'schen Saale in Eölin ein Konzert veranstalten.

Der königliche Kreisbaumeister Rünnecke zu Schlawe ist in gleicher Eigenschaft nach Conitz versetzt.

Feldpost-Privatpäckereien können fortan auch für diejenigen Truppenteile des 14. Armeekorps, welche im Elsaß in Garnison stehen, unter den allgemeinen Bestimmungen zur Postbeförderung zugelassen werden.

Die „N. St. Ztg.“ will erfahren haben, daß ein Aktienunternehmen, welches den Ankauf des von dem Brande betroffenen Speicher-Complexes und die Durchlegung einer Straße durch denselben bezweckt, gescheitert ist. Es soll sich in dieser Angelegenheit ein Konsortium gebildet haben, welches besteht aus den Herren Job. Quistorp, Rud. Veltensstätt, Wehmer u. Reinhardt, J. Kruse, H. G. Petisch, Louis Böhm, und der Charlottenburger Vereinsbank, Heinrich Quistorp u. Co.

(Sitzung der Vorsteher der Kaufmannschaft vom 23. d. M.) Der hiesige Getreidehandel wird durch die ungünstige und ungerechte Behandlung des Stettiner Transito-Courses seitens der betreffenden Eisenbahn-Gesellschaften ganz außerordentlich benachtheiligt. Dies ist insbesondere der Fall in Betreff der Frachtsätze der Linie Podmotoczyska - Stettin und Jassy - Stettin gegenüber der Linie Pesh - Hamburg. Das Vorstheramt hat daher auf Antrag hiesiger Getreidehändler das Direktorium der Berlin-Stettiner Eisenb.-Ges. unterm 19. d. dringend ersucht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die entsprechende

Ermäßigung der Eisenbahnfrachten des Stettiner Transito-Courses herbeizuführen. — Der vom hiesigen Verein zur Wahrung laufmännischer Interessen der Waarenhändler eingereichte Antrag betreffend die Gewichtsrechnung einer Tonne bei Baumöl-Abladungen wird der Sachkommission für Rhederei zur Aeußerung vorgelegt. — Die Mittheilung der königlichen Regierung, daß Herr Kaufmann Julius Rudolph hier selbst zum königlich dänischen Konsul ernannt und demselben Namens des deutschen Reichs das Erequatur erteilt worden, ist durch Auflage an der Börse bekannt gemacht worden. — Das Kollegium beschließt, dem hiesigen Magistrat, sowie dem Vorstande des Vereins junger Kaufleute für die am Tage der Feier des 50-jährigen Bestehens der Korporation der hiesigen Kaufmannschaft ausgesprochenen Glückwünsche von Herzen zu danken. — Nach einer eingegangenen amtlichen Benachrichtigung sind in den Niederlanden in Folge des Erloschens der Cholera in Hamburg und Altona die Quarantäne-Maßregeln für die von der Elbe kommenden Schiffe aufgehoben. — Herr C. H. S. Schulz, die Stettiner Brauerei-Aktien-Gesellschaft „Elysium“ und die Stettiner Eisenbahnbedarf- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Arthursberg“ sind in die Korporation aufgenommen.

Als „sehr ungetreuer Hausdiener“ ist der bei dem Schiffstauffabrikanten Kruse im Dienst befindliche gewesene Aug. Ferd. Becker aus Daber entlarvt. Derselbe hat nämlich das seinem Herrn am 14. d. M. betrogene Brandunglück benutzt, um eine ganze Menge Garbebegegenstände desselben für eigene Rechnung bei seinem in der Nähe der Brandstelle wohnenden Schwager in Sicherheit zu bringen. Ein anonymes Schreiben führte auf die Spur des Diebes und wurden die vom Eigenthümer durchweg rekonnozirten Sachen in der Küche jenes Schwagers, gut versteckt, aufgefunden, der Dieb aber gestern verhaftet. — Außerdem fand gestern auch eine bereits mehrfach bestrafte Diebin, die unverheiratete Emilie Weiß von der Galtwiese, Unterkommen im Gefängnis. Sie hatte wenige Minuten ihres Alleinseins in der Wohnung einer Handelsfrau benutzt, um derselben aus einer Geldbörse 3 Thlr. zu stehlen, welcher Diebstahl aber unmittelbar nachher entdeckt wurde. Die W. war ferner geständig, vor einigen Tagen aus einer Lehrerwohnung auf dem Schweizerhofe ein Herrenhalstuch gestohlen und dasselbe sofort auf der Straße für 5 Sgr. verkauft zu haben.

In der Woche vom Sonnabend, den 18. bis Freitag, den 24. November incl., sind nach amtlichem Berichte gestorben 26 männliche und 13 weibliche, Summa 39. Todtgeborene 0 männliche, 0 weibliche, Summa 0. Davon waren 10 in dem Alter unter 1 Jahr, 8 von 1—5 Jahren, 4 von 6—10, 1 von 11—20, 3 von 21—30, 3 von 31—50, 4 von 51—70 Jahren, 6 über 70 Jahre. Gestorben sind an Lebensschwäche bald nach der Geburt 2, Abzehrung (Atrophie) der Kinder 3, Krämpfe und Krampfrkrankheiten der Kinder 1, Durchfall und Brechdurchfall der Kinder 2, Keuchhusten 0, Bräune und Diphtheritis 3, Mägen 0, Echarlach 0, Pocken 5, Unterleibstypus 1, Typhus recur. 0, Wochenbettstieber 0, Ruhr 1, Katarrhal. Fieber und Grippe 0, Gelbsucht 0, Rheumatismus 0, Schwindstucht (Phthisis) 3, Krebskrankheiten 2, organische Herzkrankheiten 1, Entzündung des Brustfelles, der Luftröhre und Lungen 1, Entzündung des Unterleibs 1, plötzliche Todesfälle (Schlagfluß) 0, Gehirnerkrankheiten 1, andere entzündliche Krankheiten 3, andere chronische Krankheiten 5, Altersschwäche 3, Selbstmord 0, Unglücksfälle 0, Magen-Entzündung 0, Blutsiedekrankheit 0, Group 0, Nervenschlag 1, Marasmus 0, Wasserstucht 0.

Greifswald, 27. November. Vor einigen Tagen machte ein Schwindler unsere Stadt unsicher. Derselbe hat sich bald unter dem Namen eines Schiffskapitäns Schulze, bald unter dem Namen Meyer gerirt und beim Engagement einer Wittwenschaftlerin derselben einige Thaler abgeschwindelt. Er gab ferner an, einen Kahn mit Holz in Bied liegen zu haben und hat auch hier Jemand Holz-Offerte gemacht. Leider bekam unsere Polizei zu spät Wind von unserm faubren Vogel, sonst wäre er jetzt schon in sicherer Verwahr. In Bollin bei Uedermünde wollte er ein Besitzthum haben und ebenso auch in Heringsdorf ein Haus. Zur Warnung vor diesem Schwindler theilen wir noch mit, daß derselbe von großer Figur ist und einen blonden Backenbart trägt. Bekleidet war er mit einem dunklen Ueberzieher, und einem Rock mit getigertem Futter. Er trug einen einen dunkelblauen Hut und ein schwarzes Stöckchen mit weißer Krücke. Wahrscheinlich wird er sich zunächst nach Anklam oder Stralsund begeben haben, und wäre es erwünscht, wenn diese Zeilen dazu beitrügen, diesen Virtuosen abzufassen.

Loth, 27. November. In der Nacht zum 22. d. Mts. ist in dem Hause des Herrn Superintendenten Picht ein Einbruch verübt und der Versuch gemacht, die Hauptkasse der hiesigen Kirche zu stehlen. Der Superintendent Picht hatte zum 21. des Abends eine Gesellschaft zu sich geladen. An dem Gesellschaftszimmer ist die Schlafstube des Herrn Superintendenten und daran das Zimmer, worin sich das Kirchenarchiv befindet. Von diesem gelangt man durch eine Doppelthür in den Garten. In dem Archivzimmer stand ein hölzerner Kasten, in dem sich, nachdem kürzlich erst 2000 Thlr. ausgeliehen waren, außer den Werthpapieren der Hauptbaarbestand der

Donnerstag. Benefiz für Fräulein Wilde. Der Prophet. Große Oper in 5 Akten.